

Brennstäbe werden umgelagert

Packaktion im Kernkraftwerk Brunsbüttel erhöht laut Habeck die Sicherheit

Kiel (Ino) Im abgeschalteten Atomkraftwerk Brunsbüttel darf der Betreiber Vattenfall mehr als 500 abgebrannte Brennelemente aus dem Reaktordruckbehälter in sein Zwischenlager bringen. Dies erhöhe die Sicherheit eindeutig und sei rechtlich zulässig, sagte Energie- und Umweltminister Robert Habeck (Grüne) am Montag in Kiel. Das Ministerium hatte den Antrag Vattenfalls in den vergangenen Wochen von Rechts- und Sicherheitsexperten prüfen lassen. Ein Problem bestand darin, dass der Energiekonzern sein Zwischenlager derzeit nur mit einer Duldung der Atomaufsicht betreiben darf. Atomkraftgegner werteten die Umlagerung daher gestern auch als „juristischen Skandal“. Es geht um 517 Brennelemente, die Vattenfall in seinem Zwischenlager auf dem Akw Gelände parken will. Sie sollen in bereits vorhandene Castor-Behälter verladen werden. Die Umlagerung könnte binnen eines halben Jahres vollzogen werden, wenn alles gut läuft. Das Zwischenlager biete auch für den Fall eines Flugzeugabsturzes oder Angriffs mit panzerbrechenden Waffen eindeutig eine größere Sicherheit als das Kraftwerk, sagte Habeck. „Es ist einfach solider und massiver gebaut.“ Der eigentliche Sicherheitsgewinn komme aber durch die Castoren. Dort werden die Brennelemente trocken gelagert und müssen anders als im Reaktor auch nicht gekühlt werden. Das Atomkraftwerk an der Unterelbe soll abgerissen werden. Bevor der Abbruch beginnt, sollen sich keine Brennelemente mehr im Reaktordruckbehälter befinden. „Wir freuen uns über die positive Antwort, denn die Brennelementefreiheit des Kraftwerks ist Voraussetzung für den Beginn der Rückbauarbeiten in Brunsbüttel“, sagte Vattenfall-Geschäftsführer Pieter Wasmuth am Montag auf die Nachricht aus Kiel. „Wir planen, mit der Beladung der Castor-Behälter so zügig wie möglich zu beginnen und die Arbeiten bis Anfang nächsten Jahres abzuschließen.“



Grünes Licht aus Kiel (von links): Umweltminister Robert Habeck und Jan Backmann, Leiter der Atomaufsicht. Foto: Scholz